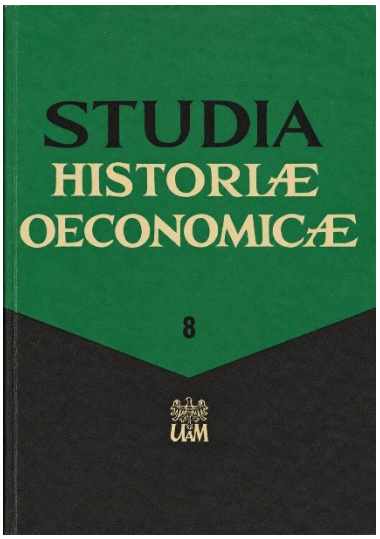


Drechsler, K., Hass, G. and Schumann, W. (1973) 'Zwangsaussiedlungen und Germanisierung in den Kriegszielplanungen der faschistischen deutschen Monopolbourgeoisie', *Studia Historiae Oeconomicae*, 8, pp. 35–50.

https://doi.org/10.14746/sho.1973.08.1.002

Text of article:
https://pressto.amu.edu.pl/index.php/sho/article/view/57674

The text was digitised from an earlier printed edition of *Studia Historiae Oeconomicae*. The digitisation process involved scanning, automated optical character recognition (OCR), and subsequent manual verification of the recognised text. The original source material is held by the Collegium Historicum Library at Adam Mickiewicz University, Poznań.
bch.amu.edu.pl

The task was carried out within the framework of the competition "Social Responsibility of Science II – Support for Scientific Libraries". The project entitled "Digitization of archival editions of scientific journals collected by the Library of the Coll. Historicum of Adam Mickiewicz University". The project was co-financed from state budget funds granted by the Minister of Science within the framework of the Programme Social Responsibility of Science II. Support for Scientific Libraries (agreement no. BIBL/SP/0092/2024/02 of 05.12.2024).

Total value of the project: PLN 247,236.00. Amount of co-financing: PLN 220,836.00.









STUDIA HISTORIAE OECONOMICAE
UAM Vol. 8 — 1973 Poznań 1973

Karl Drechsler, Gerhart Hass, Wolfgang Schumann (Berlin)

ZWANGSAUSSIEDLUNGEN UND GERMANISIERUNG IN DEN KRIEGSZIELPLANUNGEN DER FASCHISTISCHEN DEUTSCHEN MONOPOLBOURGEOISIE

Funktion und Tätigkeit der deutschen Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft mbH

I.

Am 11. November 1939 gab das Deutsche Nachrichtenbüro, die offizielle Presseagentur des faschistischen Deutschlands, die folgende Mitteilung heraus: „Zur Durchführung der vermögensrechtlichen und wirtschaftlichen Aufgaben, die aus der Rückwanderung und Umsiedlung von Reichs- und Volksdeutschen aus dem Ausland, insbesondere aus den baltischen Staaten, nach dem Reichsgebiet erwachsen, wurde die Deutsche Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft mbH mit Sitz in Berlin gegründet". Wie es in der Meldung weiter hieß, befanden sich Zweigniederlassungen in Poznań, Reval und Riga. Den Vorsitz des Aufsichtsrates übernahm Wilhelm Keppler, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, langjähriger bewährter Verbindungsmann zwischen dem deutschen Monopolkapital und der NSDAP und einer der führenden Vertreter des „Freundeskreises Himmler". Sein Stellvertreter wurde Ulrich Greifelt, Chef der Dienststelle des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums. Als Geschäftsführer fungierten Dr. Kurt Schmölder, Vorstandsmitglied der Rheinischen Hypothekenbank, und Dr. Kurt Kleinschmidt, Vorstandsmitglied der Mecklenburgischen Hypotheken- und Wechselbank [1].

Vier Tage vorher, am 7. November 1939, hatte Heinrich Himmler, der am 7. Oktober zusätzlich zu seinen anderen Funktionen zum Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums ernannt worden war, die Vorschläge Kepplers über die Zusammensetzung des Aufsichtsrates der Deutschen Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft bestätigt. Dem Auf-

[1] Deutsches Zentralarchiv (im folgenden: DZA) Potsdam, Fall 11, Bd. 351, Bl. 4, Dok. NG-2179.

sichtsrat gehörten an: Dr. Hugo Berger, Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium; George Christians, stellvertretender Leiter des Außenhandelsamtes der Auslandsorganisation der NSDAP; Ulrich Greifelt, SS-Oberführer in der Dienststelle des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums; Hans Kehrl, Generalreferent im Reichswirtschaftsministerium und ebenfalls einer der prononciertesten Verbindungsmänner zwischen Nazipartei und Monopolkapital; Wilhelm Keppler als Vorsitzender; Dr. Erhard Kroeger, Führer der sogenannten Volksdeutschen in Lettland; Werner Lorenz, SS-Obergruppenführer und Chef der Volksdeutschen Mittelstelle; Dr. Fritz von Twardowski, Gesandter im Auswärtigen Amt; Dr. Ernst Hellmut Vitz, Vorstandsmitglied der Deutschen Revisions- und Treuhandgesellschaft; Hermann Waldhecker, Mitglied des Reichsbankdirektoriums und Mitglied des „Freundeskreises Himmler" sowie Hellmut Weiss, Kulturpräsident in Estland [2].

In den Tagen und Wochen nach der Gründung der Deutschen Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft entwickelten die deutschen Großbanken und andere Banken eine rege Tätigkeit. Der Vorstand der Dresdner Bank beschloß auf seiner Sitzung am 23. November 1939, der neuen Gesellschaft einen Kredit von einer Million RM zu bewilligen [3]. Am 22. November hatte Keppler für den 27. des gleichen Monats zur Bildung eines Bankenkonsortiums eingeladen, das die Tätigkeit der Deutschen Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft finanzieren sollte [4]. Bei der Gründung des Konsortiums legten Vertreter der beteiligten Banken folgendes fest: Die Gesellschaft erhielt einen Kredit von 100 Millionen RM, von dem zwei Drittel eine Laufzeit bis zu drei Jahren und ein Drittel eine Laufzeit bis zu fünf Jahren haben sollten. Der Zinssatz betrug fünf Prozent. Für den Kredit erfolgte eine Ausfallbürgschaft des faschistischen Staates.

Die Gesamtsumme von 100 Millionen RM setzte sich zusammen aus 50 Millionen RM für Kredite bis zu je 50 000 RM, die die beteiligten Banken einzeln gaben, 30 Millionen RM für den gemeinsamen Kredit des Konsortiums und 20 Millionen RM, die für beide Zwecke offen blieben. An dem 50-Millionen-Kredit waren die Zentralgenossenschaftskasse (Deutschlandkasse) und die Girozentrale mit je 25 Prozent, die Dresdner und die Deutsche Bank mit je 12 Prozent, die Compribank mit 8 Prozent, die Bank der Deutschen Arbeit, die Danziger Privat-Aktien-Bank und die Landwirtschaftsbank Danzig mit je 6 Prozent beteiligt. Den Konsortialkredit stellten die Dresdner und die Deutsche Bank mit je 20 Prozent, die Deutschlandkasse, die Girozentrale, die Bank der Deutschen Arbeit

---

[2] Ebenda, Bd. 436, Bl. 18, Dok. NO-2407.
[3] Ebenda, Bl. 35, Dok. NID-13700.
[4] Ebenda, Bd. 774, Bl. 42, Dok. Rasche-69.

und die Compribank mit je 11 Prozent, die Reichskreditgesellschaft mit 6 Prozent, die Berliner Handelsgesellschaft und die Danziger Privat-Aktien-Bank mit je 5 Prozent. Die Federführung des Konsortiums lag bei der Dresdner Bank, mitverantwortlich zeichnete die Deutsche Bank [5].

Dank dieser großzügigen finanziellen Ausstattung konnte die Deutsche Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft in ihrem ersten Geschäftsbericht für 1939, also für etwa anderthalb Monate Tätigkeit, berichten, daß sie über ein Stammkapital von einer Million RM verfüge und schon 2,5 Millionen RM als Kredite vergeben habe [6]. Knapp zweieinhalb Jahre nach der Gründung, am 2. April 1942, stimmte der Vorstand der Dresdner Bank dem Antrag der Gesellschaft zu, je fünf Millionen RM Ende 1943 und Ende 1944, 30 Millionen RM Ende 1945 und 40 Millionen RM erst Ende 1947 zurückzahlen zu dürfen [7].

II.

Auf welchem historischen Hintergrund müssen die Gründung und die Tätigkeit der Deutschen Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft gesehen werden, deren Mitarbeiterzahl in kurzer Zeit von etwa 150 auf rund 1800 anstieg? [8] Was war die besondere Aufgabenstellung dieser Institution, die nach dem Geschäftsverteilungsplan vom 1. Januar 1943 über Niederlassungen in Danzig, Innsbruck, Katowice, Marburg, Poznań und Strasbourg, über Außenstellen in Agram (Zagreb), Bozen, Bukarest und Paris, über Verbindungsstellen in Belgrad, Białystok, Lublin, Lwów, Reval, Riga, Wien, über Nebenstellen in Fulnek, Kauen, Klagenfurt, Łódź, Luxemburg, Metz, Rann, Zamość und Zichenau, über Geschäftsstellen in Bozen, Brix, Bruneck, Meran, Sterzing, Tarus und St. Ulrich sowie über Beauftragte in Kraków und Prag verfügte? Welche Rolle spielte diese vom deutschen Bankkapital großzügig unterstützte Einrichtung, deren Tätigkeit sich auf die zeitweise besetzten Gebiete der UdSSR, auf Polen und die Tschechoslowakei sowie auf Bulgarien, Frankreich, Italien, Jugoslawien, Luxemburg, Rumänien und Ungarn erstreckte? [9] Welcher Zusammenhang besteht zwischen der Thematik unseres wissenschaftlichen Kolloquiums und dieser in der historischen Literatur bisher kaum erwähnten Gesellschaft, deren wichtigste Aufgabe die Finanzierung der sogenannten volksdeutschen Umsiedler war?

---

[5] Ebenda, Bl. 50f., Dok. Rasche-71, u. Bl. 65 f., Dok. Rasche-75.

[6] Ebenda, Bd. 436, Bl. 22, Dok. NID-7721.

[7] Ebenda. Bl. 49, Dok. NID-14637.

[8] Ebenda, Bd. 774, Bl. 22, Dok. NID-7721 (Geschäftsbericht der DUT für 1939) und Protokoll 19488 (Vernehmung Kepplers).

[9] Ebenda, Bd. 351, Bl. 15, Dok. NO-4265.

Massenmord und Zwangsaussiedlungen ganzer Bevölkerungsgruppen aus zahlreichen europäischen Ländern einerseits und Ansiedlung Deutscher bzw. sogenannter Volksdeutscher unter dem Gesichtspunkt der Germanisierung andererseits gehörten zu den Mitteln und Methoden, mit denen das Kriegszielprogramm der faschistischen deutschen Monopolbourgeoisie verwirklicht werden sollte. Bereits im Jahre 1934 hatte Hitler dazu erklärt: „Wir müssen entvölkern als Bestandteil unserer Aufgabe, die deutsche Bevölkerung zu erhalten. Wir werden eine Technik der Entvölkerung entwickeln müssen" [10]. Dabei konnte er an Vorstellungen anknüpfen, die von führenden Vertretern der herrschenden Klasse Deutschlands schon im Verlauf des ersten Weltkrieges entwickelt worden waren. So hatte Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, eine der Symbolfiguren des deutschen Imperialismus, in einer Denkschrift vom 31. Juli 1915, die Forderung erhoben, im Osten „weite Gebiete an(zu)gliedern, in denen wir im großen Umfange deutsche Bauern ansiedeln könnten". Die Zahl der „fremdsprachigen Bewohner müsse dadurch ausschlaggebend herabgesetzt werden, daß sie durch den Friedensvertrag in möglichst großem Umfange von dem abtretenden Lande übernommen werden und daß andererseits der abtretende Staat als Kriegsentschädigung Land bzw. Kohlen- und Erzgruben, aber auch Eisen- und andere bedeutsame Großbetriebe an uns liefert, so daß deutscher Einfluß demnächst diese Gebiete beherrschen und verdeutschen kann" [11].

Wenn die herrschenden Kreise Hitlerdeutschlands diese Forderung aus dem ersten Weltkrieg am Vorabend und während des zweiten Weltkrieges wieder aufgriffen, dann nicht zuletzt deshalb, weil sie sich darüber im klaren waren, daß es keinen „herrenlosen Raum" gab, daß vielmehr „jede Raumerweiterung nur durch Brechen von Widerstand und unter Risiko vor sich gehen konnte", wie auf der berüchtigten Beratung Hitlers mit Spitzenvertretern des faschistischen Staatsapparates am 5. November 1937 festgestellt wurde [12].

Nach dem Abschluß der Kampfhandlungen auf dem westeuropäischen Festland im Juni 1940 hielten die herrschenden Kreise Hitlerdeutschlands den Zeitpunkt für gekommen, um ihre Ziele für die nähere und

---

[10] IMG, Bd. 10, S. 557 f.

[11] Joachim Petzold, *Zu den Kriegszielen der deutschen Monopolkapitalisten im ersten Weltkrieg (Dokumentation).* In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1960, H. 6, S. 1413. — Siehe auch ähnliche Passagen in der Eingabe des Centralvereins deutscher Industrieller, des Bundes der Industriellen, des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes, des Bundes der Landwirte und des Deutschen Bauernbundes v. 10. 3. 1915 (Ebenda, S. 1403), des Direktionsvorsitzenden bei Krupp, Hugenberg, v. 12. 3. 1915. (ebenda, S. 1405 f und 1408) u. Kirdorfs v. 15. 5. 1915 (Ebenda, s. 1412).

[12] IMG, Bd. 25, S. 406, Dok. 386 - PS, Niederschrift Hoßbachs v. 10. 11. 1937.

die fernere Zukunft umfassend zu fixieren. Während sie zu Kriegsbeginn bei der Formulierung von Kriegszielen selbst in geheimen Dokumenten äußerst zurückhaltend gewesen waren, begann nunmehr, im Rausche der Blitzkriegserfolge, eine Etappe detaillierter Kriegszielplanungen. Daran beteiligten sich die Spitzenvertreter der führenden Konzerne, der Banken und des Handels, die Reichsgruppe Industrie und andere staatsmonopolistische Institutionen sowie die maßgeblichen Einrichtungen des faschistischen Staats- und Parteiapparates. Die Pläne zur „Neuordnung" Europas, zum Überfall auf die UdSSR und damit zur Zerschlagung des ersten Arbeiter- und - Bauern-Staates der Geschichte, zur Errichtung eines Kolonialreiches in Afrika und zur Auseinandersetzung mit anderen „Großwirtschaftsräumen" der Welt stellten zusammen genommen das Weltherrschaftsprogramm der faschistischen deutschen Monopolbourgeoisie dar.

Die umfangreichen Ausarbeitungen aus den Jahren 1940/41 sowie deren Modifizierungen aus dem Jahr 1942 behandelten sowohl militärische als auch politische, wirtschaftliche und ideologische Fragen. Die Pläne zur „Neuordnung" Europas und die darauf basierenden Vorstellungen zur Erringung der Weltherrschaft waren zugleich ein komplexes Programm zur Liquidierung des ersten sozialistischen Staates der Geschichte, der UdSSR, zur Vernichtung der revolutionären Arbeiterbewegung sowie zur Unterdrückung aller demokratischen, fortschrittlichen und nationalen Bewegungen.

Die Planungen und die praktischen Maßnahmen der Okkupationspolitik, die von den führenden deutschen Konzernen und Großbanken unmittelbar ausgingen, betrafen vor allem die ökonomischen Fragen der „Neuordnung" Europas, die Bildung einer europäischen „Großraumwirtschaft". Ihre Ausarbeitungen behandelten insbesondere die wirtschaftlichen Zwangsmittel, mit denen die deutsche Monopolbourgeoisie ihre Vorherrschaft über den Kontinent errichten und die ausländische Konkurrenz auf dem Weltmarkt ausschalten wollte, d.h. die Unterordnung und Durchdringung der Volkswirtschaften anderer Länder, sogenannte Marktregelungen, Zwangskartellierungen, Kapitalverflechtungen, Kapitalexport, direkten Raub oder treuhänderische Übernahme ausländischer Betriebe und Rohstoffzentren, „Arisierungen", Zollregelungen, Aneignung fremder Patente und Produktionsverfahren, die Gewinnung billiger Arbeitskräfte für Industrie und Landwirtschaft u.a.m.

Bei allen diesen Planungen waren sich die Machthaber Hitlerdeutschlands darüber im klaren, daß die Verwirklichung ihrer Vorstellungen in entscheidendem Maße davon abhing, ob und wie es ihnen gelang, den Widerstandswillen der Völker zu brechen, die sie unterjochen und ausbeuten wollten. Die Zerschlagung der konsequentesten Kräfte der Völ-

ker, der kommunistischen Parteien als Vortrupp der Arbeiterklasse, Massenmord und brutaler Terror, zu dem auch die Aussiedlung ganzer Völkerteile gehörte, zählten daher zu den Mitteln, ohne die sich die weitreichenden Pläne der Konzerne nicht realisieren ließen, obwohl in den programmatischen Ausarbeitungen der Führungsorgane der Wirtschaft dazu kaum Stellung genommen wurde. Diese Aufgabe hatte der dafür geschaffene Terror- und Unterdrückungsapparat zu lösen. Dabei stellten die obersten Reichsbehörden, die Konzerne, die staatsmonopolistischen Organe, die Führungsstellen der Wehrmacht und die Institutionen des Terrorapparates natürlich bestimmte Fragen, auch unterschiedlich gab es Differenzen über die Methoden, wie die gemeinsamen Ziele am besten zu erreichen seien.

Um jeden Widerstand der Völker gegen die faschistische Okkupation und damit gegen die geplante europäische „Großraumwirtschaft" zu brechen, sollten ganze Völkergruppen aus ihren bisherigen Gebieten vertrieben, sollten ihre über Generationen gewachsenen klassenmäßigen, politischen, ethnischen, geistigen und anderen gesellschaftlichen und familiären Bindungen zerstört und zerrissen werden. Dies sei, betonte Himmler Mitte 1942, „zu der im Sinne der Neuordnung Europas notwendigen Scheidung von Rassen und Völkern sowie im Interesse der Sicherheit und Sauberkeit des deutschen Reiches und seiner Interessengebiete erforderlich" [13].

Die Pläne, Millionen von Menschen aus den okkupierten Ländern auszusiedeln und dafür Deutsche bzw. sogenannte Volksdeutsche anzusiedeln, betrafen eine Teilfrage der „Neuordnung" Europas durch das deutsche Monopolkapital. Die Vorstellungen und die Praktiken der Massenaussiedlungen ergaben sich letztlich aus der Zielstellung, die dauernde Herrschaft über den europäischen „Großwirtschaftsraum" zu sichern und dabei zugleich ein Heer völlig rechtloser Arbeitssklaven für die deutsche Industrie und Landwirtschaft zu schaffen. So wurden zahlreiche der Ausgesiedelten zur Zwangsarbeit nach Hitlerdeutschland, in das Generalgouvernement, nach Frankreich und in andere okkupierte Länder verschleppt. Das geht aus zahlreichen Dokumenten hervor, die von der Hauptkommission zur Untersuchung der Hitlerverbrechen in Polen 1970 in einer Quellenpublikation veröffentlicht wurden [14]. Diese Gesichtspunkte durchzogen die Grundsatzdokumente der faschistischen Deportations- und Germanisierungspolitik und waren entscheidend für die grausamen Verbrechen, die noch heute Haß, Empörung und Ent-

[13] DZA Potsdam, Film, Schreiben Himmlers an Krüger v. 19. 7. 1942. (T 175, Roll. 122).

[14] Biuletyn Głównej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce, Bd. XXI, Warschau 1970.

setzen bei allen friedliebenden, demokratisch gesinnten Menschen hervorrufen. Diese generelle Zielsetzung bestimmte die Himmlersche Denkschrift „Einige Gedanken über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten" vom Mai 1940, in der es u.a. hieß: „Diese Bevölkerung wird als führerloses Arbeitervolk zur Verfügung stehen und Deutschland jährlich Wanderarbeiter und Arbeiter für besondere Arbeitsvorkommen (Straßen, Steinbrüche, Bauten) stellen" [15]. Mit der „Aufgabe der Menschenverteilung" beschäftigte sich Himmlers Anordnung vom 9. Mai 1940, die festlegte, Verschleppte „in Betrieben des Altreiches unterzubringen" [16]. Im gleichen Sinne äußerten sich Neurath und Frank in Denkschriften über die Behandlung der tschechischen Bevölkerung im August 1940. „Das Großdeutsche Reich", hieß es bei Neurath, „wird sich in weitem Umfange auf allen Gebieten der Hilfsarbeit volksfremder Menschen bedienen". Diese Absicht verband er mit dem Plan, „die rassisch unbrauchbaren oder reichsfeindlichen Elemente (die in den letzten 20 Jahren entwickelte Intelligenzschicht) abzustoßen" [17]. Frank sprach von folgenden Zielsetzungen: „1. Die Umvolkung der rassisch geeigneten Tschechen; 2. die Aussiedlung von rassisch unverdaulichen Tschechen und der reichsfeindlichen Intelligenzschicht bzw. S o n d e r b e h a n d l u n g dieser und aller destruktiven Elemente; 3. die Neubesiedlung dadurch freigewordenen Raumes mit frischem deutschem Blut" [18]. In die gleiche Richtung zielte Bernhard Adolf, der Beauftragte des Reichsprotektors beim Zentralverband der Industriellen in Prag, mit seiner Denkschrift „Die Aufgaben der Wirtschaft bei der Eindeutschung des Protektorats Böhmen und Mähren" vom November 1940. Seine Ausarbeitung, die den Charakter eines monopolkapitalistischen Kriegszielmemorandums hatte, schlug vor, 50 Prozent des tschechischen Volkes auszusiedeln oder zu ermorden. Dabei sollten in drei Etappen die Wirtschaft in deutsche Hände überführt und die Germanisierung der Bevölkerung betrieben werden, wobei die wirtschaftspolitischen Fragen den Vorrang erhielten. Für die erste Etappe schug Adolf u.a. vor: „Besetzung der 'strategisch wichtigen Punkte' ... Alle wirtschaftlich-wichtigen Machtpositionen werden in der Reihenfolge ihrer Bedeutung in deutsche Hand überführt. ... Unverheiratete tschechische Arbeiter werden in Massen in möglichst weit entfernten Teilen des Reiches verwendet". Für die zweite Etappe sah der

---

[15] Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv, ST 31/16, Bl. 6.

[16] Ebenda, St 31/8, Bl. 5.

[17] *Die Vergangenheit warnt. Dokumente über die Germanisierungs- und Austilgungspolitik der Naziokkupanten in der Tschechoslowakei.* Hrsg. v. Václav Král, Prag 1960, S. 64 u. 61, Dok. 6.

[18] Ebenda, S. 68, Dok. 6.

Plan Adolfs vor: „Ist eine starke deutsche Oberschicht gebildet und sind sämtliche irgendwie für das Funktionieren des gesamten Organismus bedeutungsvollen Stellen in deutscher Hand, setzt die eigentliche Masseneindeutschung mit voller Wucht ein... Die dauernde Verpflanzung von Tschechen in das Altreich wird zahlenmäßig wesentlich gesteigert, ebenso die Verbringung von Arbeitern" [19]. Solche und andere Ausarbeitungen lagen auch den 1941 publizierten Prognosen des „künftigen europäischen Arbeitseinasatzes" zugrunde [20].

In der festen Überzeugung, den Sieg über die Sowjetunion bereits errungen zu haben, erklärte Hitler am 16. Juli 1941 vor Spitzenvertretern des faschistischen Staates: „Wesentlich sei es nun, daß wir unsere Zielsetzung nicht vor der ganzen Welt bekanntgäben", um nicht sofort deutlich zu machen, „daß sich damit eine endgültige Regelung anbahnt! Alle notwendigen Maßnahmen — Erschießen, Aussiedeln etc. — tun wir trotzdem und können wir trotzdem tun". Auf jeden Fall stehe fest, „daß wir aus diesen Gebieten nie wieder herauskommen" [21]. Ihre völlige Übereinstimmung mit diesen Auffassungen bekundeten führende Vertreter des deutschen Finanzkapitals auf einer Beratung des Handelspolitischen Ausschusses der Reichswirtschaftskammer am 17. Juli 1941. Hermann Abs, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, erklärte dabei, es sei zu berücksichtigen, „daß der Begriff Kontinentaleuropa... durch die kriegerischen Entwicklungen im Osten eine neue Prägung erhalten wird. Auch die Wirtschaft Rußlands wird zum mindesten in wesentlichen Teilen einem zukünftigen kontinentaleuropäischen Wirtschaftsraum zuzuzählen sein". Oscar Henschel vom gleichnamigen Konzern sprach seine Genugtuung darüber aus, daß dem deutschen Imperialismus nunmehr „auch der russische Raum mit seinem Reichtum offenstehe" [22].

Ihren grausamen Höhepunkt erreichten die Deportationspläne in jenem „Generalplan Ost" genannten Programm vom 15. Juli 1941, einem der makabersten Dokumente der Weltgeschichte, das für einen Zeitraum von 25 - 30 Jahren die Ermordung bzw. die Verschleppung der Mehrheit der Bevölkerung aus den besetzten Gebieten der UdSSR, aus Polen und der Tschechoslowakei vorsah. Dieses ungeheuerliche Programm der

---

[19] Ebenda, S. 101, 102 u. 103, Dok. 16.

[20] Wolfgang Bleyer, Klaus Drobisch, *Dokumente zur Ausbeutung ausländischer Zwangsarbeiter durch das deutsche Monopolkapital im zweiten Weltkrieg.* In: Bulletin des Arbeitskreises zweiter Weltkrieg, 1970, H. 3, S. 27 f u. 29 ff. Dok. 1 u. 3, Artikel von Walter Letsch v. 25. 1. 1941 u. Friedrich Syrup v. 15. 7. 1941.

[21] IMG, Bd. 38, S. 87 ff., Dok. 221-L.

[22] *Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges.* Hrsg. v. Dietrich Eichholtz u. Wolfgang Schumann, Berlin 1969, S. 346 und 348, Dok. 173.

Massenverschleppungen und des Völkermordes, das auf dem Boden des Faschismus, des Chauvinismus sowie des „Herrenmenschentums" gewachsen und mit der sogenannten „Endlösung der Judenfrage" untrennbar verbunden war, entschied über das Schicksal von 31 der insgesamt 45 Millionen Menschen in diesen Gebieten. Im Zusammenhang mit Deportation und Völkermord sah der „Generalplan Ost" ferner vor, ungefähr, 4,5 Millionen Deutsche in den „entvölkerten" Gebieten anzusiedeln. Des weiteren war an die Deportation von Ungarn und Belgiern nach Sibirien gedacht [23]. Den zu erobernden sowjetischen Gebieten galt die besondere Aufmerksamkeit der herrschenden Kreise Hitlerdeutschlands. Ihren Platz im „germanischen Großraum" charakterisierte Heydrich am 2. Oktober 1941 folgendermaßen: In den „Osträumen" habe eine „deutsche Oberschicht ... bis weit nach Rußland hinein, bis weit an den Ural" zu herrschen, um das Land „als Rohstoffbasis" und die Menschen „als Arbeiter" für „große Kulturaufgaben", „als Heloten, wenn ich es ganz drastisch sagen will", auszunutzen [24].

Diese Planungen wurden im Laufe des Jahres 1942 noch modifiziert und ausgebaut. So befaßte sich eine Denkschrift von Meyer-Hetling zum „Generalplan Ost" von Ende Mai 1942 vor allem mit der Ansiedlung von Deutschen im „Ostraum". Diese Gebiete seien „innerhalb kürzester Frist zu vollwertigen Reichsgauen" auszubauen. Dazu sollten das „Ingermanland", d. h. der Leningrader Bezirk, der „Gotengau", gemeint sind die Krim und das Chersongebiet, sowie das „Memel-Narew-Gebiet", worunter Białystok und Westlitauen verstanden wurden, gehören [25].

Himmler stimmte diesem Plan im Prinzip zu und schlug die „totale Eindeutschung von Estland und Lettland sowie des gesamten Generalgouvernements" vor. Außerdem forderte er die Ausarbeitung eines detaillierten „Generalbesiedlungsplanes" für Danzig-Westpreußen, Südostpreußen, den sogenannten Warthegau, Oberschlesien, Böhmen und Mähren, Oberkrain, Südsteiermark und Elsaß-Lothringen [26]. Das bedeutete: Das Schicksal der Vertreibung, wie es gegenüber der UdSSR, Polen und

---

[23] Karol Maria Pospieszalski, *Hitlerowska polemika z „Generalplan Ost" Reichsführer SS.* In: Przegląd Zachodni, 1958, H. 2, S. 348 ff., 357 f. und 365; *Stellungnahme und Gedanken zum Generalplan Ost des Reichsführers SS* von Erich Wetzel v. 27. 4. 1942; Czesław Madajczyk, *Generalplan Ost.* In: Ebenda, 1961, H. 3, S. 99; *Generalplan Ost. Rechtliche, wirtschaftliche und räumliche Grundlagen des Ostaufbaus* von Konrad Meyer v. Juni 1942. — Beide Denkschriften enthalten die deutlich vermerkten Angaben aus der noch nicht aufgefundenen Fassung des Generalplanes Ost v. Juli 1941.

[24] *Die Vergangenheit warnt,* a.a.O., S. 126, Dok. 19.

[25] Madajczyk; a.a.O., S. 71, 98, 76 f., 95, 80 u. 101.

[26] Archiwum Głównej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce, Warschau, Fall 8, Dok. NO-2255, Schreiben Himmlers an Greifelt v. 12. 6. 1942.

der Tschechoslowakei konzipiert und praktiziert wurde, bedrohte auch andere Völker Europas. Dieser neue „Generalplan" lag am 23. Dezember 1942 vor. Am 12. Januar 1943 ordnete Himmler die Zusammenfassung dieses Planes mit dem ursprünglichen „Generalplan Ost" an. Die Offensive der sowjetischen Streitkräfte bei Stalingrad, die zur grundlegenden Wende des zweiten Weltkrieges führte, stellte jedoch auch die „Ostexperten", „Raum- und Neuordnungsplaner" des deutschen Imperialismus vor eine völlig veränderte Situation. Am 13. Januar 1943 befahl Hitler, solche Planungen zunächst einzustellen.

III.

Auf diesem historischen Hintergrund, als eine der zahlreichen Institutionen zur Verwirklichung der Vorstellungen und Planungen der faschistischen „Neuordnung" Europas, der Vertreibung von Millionen Menschen aus den okkupierten Ländern sowie der Ansiedlung von Deutschen bzw. „Volksdeutschen" agierte die Deutsche Umsiedlungs--Treuhand-Gesellschaft. Nach den Worten führender Vertreter dieser Gesellschaft erstreckte sich die Tätigkeit „einerseits auf die Bearbeitung aller Angelegenheiten, die mit der Abwicklung und Überführung des im Herkunftslande von den Umsiedlern hinterlassenen Vermögens zusammenhängen. Andererseits liegt ihr die Betreuung des Wiedereinsatzes der Umsiedler in den neuen Siedlungsgebieten des Reiches in allen wirtschaftlichen Fragen ob" [27]. Dabei war ihre Hauptaufgabe die Finanzierung der sogenannten volksdeutschen Umsiedler. Sie prüfte den Kreditfall und benachrichtigte anschließend eine der Banken des Konsortiums. Diese gab ihrerseits ohne weitere Nachprüfung die Mittel an den Antragsteller [28]. Die Rückerstattung der Kredite lief von seiten der Deutschen Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft über den faschistischen Staat, indem sie bei der Dienststelle, seit dem 21. Juni 1941 beim Stabshauptamt des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums die Beträge anmeldete. Von da aus wurde das Reichsfinanzministerium unterrichtet, um die endgültige Finanzierung zu übernehmen [29], d. h. den Banken die Zwischenkredite zurückzuerstatten.

Nach den Worten Kleinschmidts, eines der beiden Geschäftsführer der Gesellschaft, herrschte ein „gewisser Wettstreit der Banken um das

---

[27] DZA Potsdam, Fall 11, Bd. 436, Bl. 21, Dok. NID-7721.

[28] Ebenda, Bl. 44, Dok. NID-13789 (Vernehmung Kleinschmidts). — Siehe auch die „Richtlinien für Gewährung von Aufbaukrediten an reichs- und volksdeutsche Umsiedler" deren Durchführungsbestimmungen und Erläuterungen v. April 1940; ebenda, Bd. 774, Bl. 29 - 40, Dok. Rasche-68.

[29] Ebenda, Bd. 436, Bl. 44, Dok. NID-13789 (Vernehmung Kleinschmidts).

neue Geschäft im Osten" [30]. So waren z.B. 1939/40 zahlreiche „Volksdeutsche" aus dem Baltikum in die annektierten polnischen Westgebiete umgesiedelt worden, die 1942 nach Litauen „rückgesiedelt" wurden. An der Finanzierung dieser Aktion beteiligte sich beispielsweise die Dresdner Bank über ihre Tochtergesellschaft Handels- und Kreditbank Riga mit fünf Millionen RM. Ein Konsortium unter der Federführung der Handels- und Kreditbank, dem ferner die Genossenschaftsbank Ostland, der Sparkassen- und Giroverband für das Ostland, die Hansabank und die Bank der Deutschen Arbeit, Filiale Kauen, angehörten, stellte dafür insgesamt 15 Millionen RM zur Verfügung [31].

Ähnlich stieg die Dresdner Bank 1943 in ein neues Umsiedlungsgeschäft ein: Im Zusammenhang mit der Realisierung des „Generalplanes Ost" hatte Himmler im Juli 1942 den Höheren SS- und Polizeiführer Friedrich-Wilhelm Krüger mit der Deportation der polnischen Einwohner der Gebiete Lublin und Zamość beauftragt. Die Vertreibungsaktion begann im November 1942. Bis Juli 1943 wurden 41 000 Menschen aus 293 Ortschaften verschleppt. In der Allgemeinen Anordnung des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums vom 12. November 1942, die den ersten Siedlungsbereich und die zeitliche Abfolge festlegte, hieß es u.a.: „Die Deutsche Umsiedlungs-Treuhand-GmbH ist im Rahmen näherer Richtlinien auch hier verantwortlich für die Frage der Vermögensausgleiche einschließlich einer vorläufigen Vorsorgung der Umsiedler mit Barmitteln [32]". Daraufhin beschloß der Vorstand der Kommerzialbank Kraków, einer Tochterbank der Dresdner Bank, am 4. Januar 1943, der Zweigstelle Lublin der Deutschen Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft einen Barkredit von 700 000 RM zu gewähren [33]. Bereits am 16. April 1943 war eine Million RM mit der Begründung gezahlt worden, die Gesellschaft habe für die zweite Hälfte des Jahres 1942 die Aufgabe erhalten, die Betreuung volksdeutscher Umsiedler im Gebiet Lublin durchzuführen. Am 31. August 1943 belief sich der Betrag auf sechs Millionen RM. Am 13. Dezember 1943 behandelte der Vorstand der Kommerzialbank einen neuen Kreditantrag der Gesellschaft [34]. Er belief sich auf 20 Millionen Złoty, die unter Federführung der Kommerzialbank ein Konsortium aus: Kommerzialbank (30 Prozent), Bank der deutschen Arbeit, Kraków (15 Prozent), Commerzbank, Kraków (15 Pro-

---

[30] Ebenda, Bl. 48, Dok. NID-13789

[31] Ebenda, Bl. 50, Dok. NID-13693 (Vorstandssitzung am 12. 8. 1942) u. Bl. 51, Dok. NID-14808 (Vorstandssitzung am 17. 9. 1942).

[32] Ebenda, Bd. 349, Bl. 12, Dok. NO-2562.

[33] Ebenda, Bd. 436, Bl. 52, Dok. NID-14925.

[34] Ebenda, Bl. 53 f., Dok. NID-12500, Bl. 57, Dok. NID-13937, u. Bl. 65, Dok. NID-13691.

zent), Kreditanstalt Bankverein (20 Prozent) und Landwirtschaftsbank Warschau (20 Prozent) aufbrachte [35].

Neben dieser Kreditgewährung für die Germanisierungspolitik im faschistisch besetzten Osteuropa durch ein sogenanntes Ostkonsortium agierte ein „Ostmarkkonsortium" zur Finanzierung von Umsiedlungen in diesem Gebiet. Für Südtirol erörterte der Vorstand der Dresdner Bank am 11. Januar 1940 Kredite in Höhe von 15,6 Millionen RM [36]. Auf der Ausschußsitzung der Länderbank Wien am 6. November 1941 war von 60 Millionen RM — davon 22 Millionen RM Alleinkredite bis 1942, 20 Millionen RM Konsortialkredite bis 1944 und 18 Millionen Alleinkredite bis 1947 — die Rede [37]. Am 5. März 1942 bewilligte der Ausschuß eine Erhöhung auf 90 Millionen RM, die er am 20. Januar 1944 allerdings wieder auf 65 Millionen RM reduzierte [38]. Das Konsortium unter Federführung des Kreditverbandes bestand u.a. aus der Commerzbank, der Österreichischen Kreditanstalt, der Länderbank, der Girozentrale, der Genossenschaftlichen Zentralbank, der Bayrischen Hypotheken- und Wechselbank und der Bayrischen Vereinsbank [39]. Von der Summe wurden 10 Millionen RM für Aussiedlungen aus jugoslawischen Gebieten, die sich das faschistische Italien angeeignet hatte, abgezweigt [40]. Zur Finanzierung der Germanisierungspolitik in diesen Gebieten zählten auch Kredite für Umsiedlungen aus Kärnten in das besetzte Polen — vermutlich nach Lublin und Zamość, für die die Gesellschaft Kredite von 10 bis 20 Millionen Złoty beantragte. Sie schlug vor, die Dresdner Bank bzw. deren Kommerzialbank mit der Leitung des Konsortiums zu betrauen, wie der Vorstand der Dresdner Bank am 13. August 1942 erörterte [41].

Zur Finanzierung der Deutschen Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft gab es ferner ein sogenanntes Westkonsortium, das — nach Mitteilungen auf der Vorstandssitzung der Dresdner Bank vom gleichen Tag — zusätzlich 20 Millionen RM für Umsiedlungen aus Elsaß-Lothringen aufbringen sollte [42].

Um ein Bild vom Umfang der Umsiedlungen sogenannter Volksdeutscher und damit indirekt von der Tätigkeit der Deutschen Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft zu geben, seien einige Zahlen genannt: Die

---

[35] Ebenda, Bd. 774, Bl. 24 f., Dok. Rasche-66.
[36] Ebenda, Bd. 436, Bl. 36, Dok. NID-14923.
[37] Ebenda, Bd. 774, Bl. 53, Dok. Rasche-72.
[38] Ebenda, Bl. 59, Dok. Rasche-73.
[39] Ebenda, Bl. 62, Dok. Rasche-74, u. Bd. 436, Bl. 44, Dok. NID-13789.
[40] Ebenda, Bd. 774, Bl. 54, Dok. Rasche-72.
[41] Ebenda, Bd. 436, Bl. 71, Dok. NID-13693.
[42] Ebenda, Bl. 50, Dok. NID-13693.

Gesamtzahl der Umsiedler wurde für den 1. Juni 1944 auf 901 000 beziffert, die der „angesiedelten Umsiedler" für Polen, die besetzten Gebiete der Sowjetunion und Jugoslawien auf 585 000. Anderen Angaben zufolge waren den zwangsweise ausgesiedelten Bürgern Polens bis zum 30. September 1943 insgesamt 6 109 190 ha Boden und 698 680 landwirtschaftliche Betriebe geraubt worden [43]. Über den engen Zusammenhang zwischen Kriegsführung und Tätigkeit der Deutschen Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft hieß es in deren Bericht für 1941: „Die politischen Entwicklungen des Jahres 1941 und die stolzen Erfolge unserer Wehrmacht sind nicht ohne Rückwirkung auf die Tätigkeit unserer Gesellschaft geblieben. Der Reichsführer SS als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums hat auf Grund der politischen und militärischen Entwicklung bedeutsame Entscheidungen für das Schicksal der Volksdeutschen getroffen... Hierdurch war eine Erweiterung unseres Aufgabenkreises ... bedingt ... Die Zahl der von uns zu betreuenden Umsiedler erhöhte sich hierdurch bis zum Jahresschluß auf rund 750 000".

Bei der Verwirklichung ihrer spezifischen Aufgaben im Rahmen der faschistischen Germanisierungspolitik arbeitete die Deutsche Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft auch eng mit anderen ähnlichen Einrichtungen zusammen, so z.B. mit der Deutschen Ansiedlungsgesellschaft (DAG), bei der sie über die Mehrheit des Kapitals in Höhe von fünf Millionen RM verfügte [45]. Diese Gesellschaft nahm beispielsweise für die Deutsche Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft die Schätzungen der Immobilien vor, deren Eigentümer vertrieben worden waren und die den Umsiedlern zugeteilt wurden [46]. Ein weiterer Partner der Deutschen Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft in den annektierten polnischen Gebieten war die Haupttreuhandstelle Ost (HTO), die sich der „Behörden, Organe und Einrichtungen des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei" zu bedienen hatte, um das Eigentum der deportierten polnischen Bürger zu beschlagnahmen und darüber zu verfügen, wie es in einer Anweisung Himmlers an die obersten Reichsbehörden vom 10. November 1943 hieß [47]. So wurde der Verkauf des gewerblichen und städtischen Grundbesitzes durch die Beauftragten des Reichskommissars für

---

[43] DZA Potsdam, Film Nr. 1657, Aufn. Nr. 2382269 u. 2382369.

[45] Handbuch der Aktiengesellschaften, 1943, Bd. 5, S. 5101.

[46] DZA Potsdam, Fall 11, Bd. 774, Bl. 9, Dok. Rasche-64 (Eidesstattliche Erklärung des DUT-Geschäftsführers Dr. Alfred Kulemann v. 9. 5. 1948).

[47] Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv, St 31/8, Bl. 2.

die Festigung deutschen Volkstums in Absprachen mit den letztgenannten beiden Einrichungen entschieden [48].

Daraus wird deutlich, daß sich die Tätigkeit der Deutschen Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft nicht in Kreditvergaben erschöpfte. Auf einer Besprechung beim Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums am 16. Mai 1941 wurde beispielsweise den Notizen Kleinschmidts zufolge festgelegt: „Für die DUT ist von Bedeutung, daß wir voraussichtlich bei dem Erwerb der Gewerbebetriebe für Rechnung des Reichskommissars unmittelbar eingeschaltet werden, weil die Absicht besteht, diese Betriebe wieder, soweit es nicht schon auf dem Wege über die HTO geschehen ist, der Festigung deutschen Volkstums nutzbar zu machen. Soweit eine Beschlagnahme aufgrund der Verordnung vom 17. 9. 1940 durch die HTO durchgeführt ist und im Rahmen der oben erwähnten Ausnahmen von der Aufhebung der kommissarischen Verwaltung bestehen bleibt, geht die Verwertung auf dem üblichen Wege durch die HTO vor sich. Insoweit kommt eine Beteiligung der DUT nur insoweit in Frage, als die Betriebe gegebenenfalls von Umsiedlern käuflich erworben werden" [49]. Noch eindeutiger wurde in den Mitteilungen des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums vom 27. Januar 1943 festgelegt: Grundstückverkäufe erfolgen allein durch die Deutsche Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft [50].

Doch blieb diese bei der Beteiligung an Veräußerungen des faschistischen Raubes nicht stehen. Ihre Vertreter waren auch an Beratungen beteiligt, auf denen über die Vertreibung entschieden wurde. So war Kleinschmidt Referent und Teilnehmer der bereits erwähnten Besprechung beim Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums am 16. Mai 1941, auf der die „Behandlung" der Angehörigen der sog. Deutschen Volksliste, Gruppen 3 und 4, erörtert wurde [51]. An der Besprechung von Vertretern des Stabshauptamtes des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums, des Bodenamtes, der Volksdeutschen Mittelstelle, des Reichssicherheitshauptamtes und des Rasse- und Siedlungshauptamtes am 4. August 1942 über die Richtlinien zur Behandlung ausgesiedelter Elsässer nahm ebenfalls ein Mitarbeiter der Deutschen Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft teil [52]. Offenbar handelte es sich dabei um eine ähnliche Mitwirkung an der Deportation, wie sie

---

[48] DZA Potsdam, Fall 11, Bd. 436, Bl. 42, Dok. NO-5357 (Protokoll der Sitzung beim RKFDV über die Behandlung der Angehörigen der DVL. am 16. 5. 1941).

[49] Ebenda, Bl. 43.

[50] Ebenda, Bd. 351, Bl. 38, Dok. NO-4221.

[51] Ebenda, Bd. 436, Bl. 37 ff., Dok. NO-5357.

[52] Ebenda, Bd. 347, Bl. 183 ff., Dok. R-114.

sich zur gleichen Zeit in Luxemburg abspielte. Dem dortigen Leiter der Rechtsabteilung dieser Gesellschaft wurden am Abend vor der Vertreibung die Namen der zu Verschleppenden mitgeteilt. Die Mitarbeiter der Gesellschaft hatten dann die Aufgabe, das Vermögen der zu Deportierenden exakt zu erfassen, alle Angaben sorgfältig zu überprüfen, die Wohnungen der Familien zu versiegeln u.a.m.

Funktion, Aufgaben und Tätigkeit der Deutschen Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft machen deutlich, daß sie eine der zahlreichen Gesellschaften, Behörden und Organisationen Hitlerdeutschlands war, deren Mitarbeiter nicht selbst mordeten, folterten, brandschatzten oder Menschen aus ihrer Heimat vertrieben, deren Wirken aber untrennbar mit dem Morden, Foltern, Brandschatzen und Deportieren verbunden war. Sie erfüllten ihre spezifische Aufgabe in dem arbeitsteilig funktionierenden, weitverzweigten Terror- und Unterdrückungsapparat, mit dem der deutsche Imperialismus seine verbrecherische Deportations- und Germanisierungspolitik verwirklichen wollte. In der Tätigkeit der Deutschen Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft verkörperten sich der Alltag und die Routine einer barbarischen imperialistischen Okkupationspolitik. Ihre knapp 2000 Angestellten gehörten zu den Buchhaltern, Geschäftsführern, Büro- und Verwaltungsarbeitern des grausamen Verbrechens, das Hitlerdeutschland mit den vorgesehenen und den durchgeführten Massendeportationen an den Völkern unseres Kontinents beging, um die Pläne der wirtschaftlichen und politischen „Neuordnung" Europas zu verwirklichen.